



GRÜN.KOMMT



Liebe Freundinnen und Freunde,

dass die Menschen sich beim Klimaschutz nicht weiter verträsten lassen wollen, hat die Europawahl eindrucksvoll gezeigt. Das Landesergebnis von mehr als 23 Prozent in NRW freut uns. Wir nehmen es als Auftrag, Klima- und Naturschutz sowie den Einsatz für eine demokratische, gerechte

und weltoffene Gesellschaft weiter ins Zentrum unserer Politik zu stellen. Mit zuletzt zehntausenden jungen Menschen auf den Straßen in Aachen erreichte die „Fridays-for-Future“ Bewegung ihren vorläufigen Höhepunkt und mahnt die Politik endlich zu handeln - und das zu Recht. Denn fast fünf Monate nach Vorlage des Berichts der „Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ gibt es nur Bekenntnisse der Landesregierung, keine konkrete Umsetzung. Klar ist: Bis 2022 müssen drei GW Stromerzeugung aus den dreckigsten Kraftwerken im Rheinischen Revier abgeschaltet sein. Gleichzeitig brauchen wir wesentlich mehr Tempo beim Ausbau der Erneuerbaren Energien. Bei beiden Zielen bleibt die Landesregierung Antworten schuldig.

Schwerpunkt dieser Ausgabe ist die Frage, wie der dringend benötigte preiswerte Wohnraum erhalten und neu geschaffen werden kann. Über Lösungen haben wir uns mit Wohnungsakteuren in ganz NRW ausgetauscht. In den vergangenen Monaten haben wir uns ebenfalls intensiv mit den schrecklichen Missbrauchsfällen in Ostwestfalen beschäftigt. Kurz vor der Sommerpause hat der Landtag auch auf unsere Initiative hin eine parlamentarische Aufarbeitung beschlossen, um mögliche Versäumnisse der Ermittlungsbehörden aufzuklären und strukturelle Probleme bei Jugendämtern und Polizeibehörden zu beheben. Über die Arbeit aller aktuellen Untersuchungsausschüsse berichten wir ebenfalls in diesem Heft.

Wir stellen unseren Gesetzentwurf für die Einrichtung einer Stelle einer oder eines unabhängigen Polizeibeauftragten vor, der/die sowohl für Bürger*innen als auch für Polizeibeamt*innen ansprechbar sein und einen niedrigschwelligen Zugang für Beschwerden, Lob und Anregungen ermöglichen soll. Außerdem erläutern wir den ersten NRW-Pestizidbericht und berichten über unseren Widerstand gegen übermäßigen Kies-Raubbau am Niederrhein und die NRW-weite Innovationstour unseres Sprechers für Digitalpolitik.

Wir wünschen Euch einen entspannten und erholsamen Sommer sowie hoffentlich viel Spaß beim Lesen.

Monika Düker und Arndt Klocke
Fraktionsvorsitzende

EDITORIAL

UNABHÄNGIGE* R POLIZEIBEAUFTRAGTE* R FÜR BESSERE KOMMUNIKATION



Seit März dieses Jahres ist beim Innenminister die Stelle eines Polizeibeauftragten, der sich um Konflikte innerhalb der Polizei kümmern soll, eingerichtet. Für uns ist diese Stelle ein Etikettenschwindel, denn sie ist nicht unabhängig und auch nicht für Bürgerinnen und Bürger ansprechbar. Zudem sind Aufgaben, Rechte, Pflichten und Befugnisse nicht gesetzlich geregelt. Daher haben wir im Mai einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht. Dieser zeigt, wie unserer Meinung nach eine wirklich unabhängige Stelle ausgestaltet sein sollte, bei der Polizistinnen und Polizisten, aber auch Bürgerinnen und Bürger Lob, Beschwerden und Anregungen zur Polizei und ihrer Arbeit abgeben können:

Anders als jetzt soll demnach die oder der Polizeibeauftragte beim Landtag angesiedelt werden, vergleichbar mit dem Wehrbeauftragten beim Deutschen Bundestag. Er oder sie soll für sechs Jahre durch den Landtag gewählt werden und einmal wiederwählbar sein. Sie oder er soll niedrigschwellig auf Probleme oder Konflikte angesprochen werden können. Im internen Bereich der Polizei können das Probleme mit der Ausrüstung oder der Umgang unter Kolleginnen und Kollegen in einer Wache sein. Bürgerinnen und Bürger können hier vortragen, etwa wenn sie sich bei Polizeimaßnahmen unangemessen behandelt fühlen. In diesen Fällen geht es den Personen oft nur um ein klärendes Gespräch, ohne dass Straf- oder Disziplinarverfahren eingeleitet werden sollen. Beim Landtag angesiedelt ist es für Polizistinnen und Polizisten sowie Bürgerinnen und Bürger leichter, sich an eine Schlichtungsstelle außerhalb der Polizei zu wenden und sich nicht wie bisher «bei der Polizei über die Polizei» zu beschweren.

Die oder der Polizeibeauftragte hätte weitreichende Aufklärungsrechte und soll Verbesserungsempfehlungen abgeben, über deren Umsetzung das Innenministerium berichten soll. Wir GRÜNE sind der Meinung, dass so in der Polizei der professionelle Umgang mit Fehlern oder Missständen verbessert werden kann. Eine einvernehmliche Lösung von Konflikten zwischen Bürgerinnen und Bürgern stärkt das hohe Ansehen der Polizei.

Verena.Schaeffer@landtag.nrw.de,
Sprecherin für Innenpolitik

LANDESENTWICKLUNGSPLAN

KEIN RAUBBAU AN NATUR UND UMWELT!



Mitte Mai fand im Landtag eine Anhörung zu den geplanten Änderungen am Landesentwicklungsplan (LEP) statt. Dabei stießen die schwarz-gelben Pläne für mehr Flächenverbrauch und Rohstoffabbau ebenso wie der geplante Stopp beim Ausbau der Windenergie auf deutliche Kritik bei den Sachverständigen. Mit ihren Vorschlägen verabschiedet sich die Landesregierung vom Ziel, den Flächenverbrauch in Nordrhein-Westfalen auf fünf Hektar am Tag zu begrenzen. So hatte es Rot-Grün festgelegt. Diese Politik fällt nicht nur angesichts des Klimawandels und Artensterbens vollkommen aus der Zeit. Der wachsende Flächenverbrauch stellt auch eine Existenzbedrohung von kleinen Land- und Forstwirtschaftsbetrieben dar. Der ständige Griff nach ihren Flächen führt bereits heute zu massiv steigenden Pachtpreisen.

Mit ihren Plänen erteilt die Landesregierung der Kiesindustrie einen Freifahrtschein zum Raubbau an Natur und Heimat. Dabei ist in vielen Gemeinden am Niederrhein die Belastungsgrenze längst überschritten. Allein im Kreis Wesel drohen nun zusätzlich Baggerlöcher auf einer Fläche von 300 Hektar. Deshalb haben wir das Thema bereits im Mai mit einem eigenen Antrag auf die Tagesordnung des Landtags gebracht. Der Antrag sieht vor, dass die Landesregierung den Rohstoffabbau in NRW ausschließlich am heimischen Bedarf ausrichtet, um Landschaft und Menschen zu schonen. Wie befürchtet haben die anderen Fraktionen den Antrag jedoch - in namentlicher Abstimmung - abgelehnt oder sich enthalten (SPD) und so deutlich gemacht, dass wir GRÜNE offensichtlich die einzige Fraktion sind, die die Sorgen der Menschen vor Ort ernstnimmt.

Die deutliche Kritik fast aller Sachverständiger am geplanten Mindestabstand von 1.500 Metern von Windenergieanlagen zu Wohngebieten kann die Landesregierung nicht überhört haben. Schwarz-Gelb vergrößert bewusst die Rechtsunsicherheit für die Kommunen und gefährdet so die Akzeptanz der Windenergie. Das ist nicht nur klimapolitisch vollkommen verantwortungslos. Diese Politik gefährdet auch Investitionen und Arbeitsplätze in NRW.

Horst.Becker@landtag.nrw.de,
Sprecher für Landesplanung

FÜR EIN BEZAHLBARES ZUHAUSE WIR WOLLEN WOHNEN!

In vielen Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen fehlt es an bezahlbaren Wohnungen, nicht selten herrscht regelrecht Wohnungsnot! Insgesamt werden bei weitem nicht ausreichend neue Wohnungen gebaut, um alle Menschen mit angemessenem Wohnraum zu versorgen. Eine Trendwende ist nicht zu erkennen. Insbesondere in den Ballungszentren und Universitätsstädten sind bezahlbare Wohnungen Mangelware.

WOHNEN

Das führt unter anderem dazu, dass Fachkräfte wie zum Beispiel in der Altenpflege oder im Handwerk nicht mehr in der Nähe ihres Arbeitsplatzes wohnen können und damit lange Arbeitswege in Kauf nehmen müssen. Geringverdienende oder Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern finden keine bedarfsgerechte Wohnung oder werden aus zentrumsnahen Quartieren verdrängt. Die hohen Mietpreise in vielen Städten vergrößern das Armutsrisiko, da mittlerweile viele Menschen mehr als ein Drittel ihres Einkommens für Wohnen ausgeben müssen.

Falsche Anreize

Aufgrund der sehr guten Haushaltslage stellen Bund und Land viel Geld für den Wohnungsbau zur Verfügung. Doch greifen die Förderungen zu kurz oder setzen an den falschen Stellen an. So führt das vom Bund eingeführte „Baukindergeld“ meist nicht dazu, dass einkommensschwache Familien verstärkt Einfamilienhäuser oder Eigentumswohnungen bauen oder kaufen, sondern dass Mitnahmeeffekte entstehen: Finanzstärkere Familien freuen sich über einen Zuschuss zum sowieso beabsichtigten Hausbau oder -kauf. Das „Baukindergeld“ muss deshalb abgeschafft werden, die dann frei werdenden Mittel müssen zielgerichtet für den Bau von neuem Wohnraum in den Wachstumsregionen eingesetzt werden. In NRW sind die Fördersummen, die das Land über die NRW-Bank bereitstellt, für 2019 noch einmal erhöht worden. Dies ist grundsätzlich positiv, aber leider werden auch hier die falschen Schwerpunkte gesetzt. Viel Geld geht in die Förderung von Wohnungseigentum, während der dringend benötigte Mietwohnungsbau nicht in entsprechendem Maße aufgestockt wurde. Hinzu kommt, dass

die Fördermittel in 2018 nicht vollständig ausgegeben werden konnten, so dass 170 Millionen Euro Restmittel nach 2019 übertragen werden mussten.

Vielfältige Ursachen

Die Ursachen für den nur schleppend laufenden Wohnungsbau sind vielfältig. Zum einen befindet sich die Bauwirtschaft auch wegen niedriger Zinsen zurzeit in einer Hochphase und hat die Baukosten in den letzten Jahren stark nach oben getrieben. Zum anderen sind stark steigende Grundstückspreise und fehlende Bauflächen dafür verantwortlich, dass der Neubau von Wohnungen nahezu überall in NRW viel zu teuer ist. Hinzu kommt, dass in Gebieten mit entspanntem Wohnungsmarkt und vielen vorhandenen Flächen ständig neue Wohngebiete für Eigenheime ausgewiesen werden, während die Ortskerne mit zunehmendem Leerstand zu kämpfen haben. Hier zeigt sich besonders deutlich die fehlgeleitete Wohnungsbaupolitik von Schwarz-Rot im Bund und Schwarz-Gelb im Land, die neue Probleme schafft und wenig löst. Deshalb haben wir einen Antrag in den Landtag eingebracht, der Handlungsmöglichkeiten zur Bekämpfung der aktuellen Wohnungsnot darstellt und Best-Practise-Beispiele aus den Kommunen aufgreift.

Mehr Unterstützung für Städte und Gemeinden

Vor allem die Kommunen müssen mehr Handlungsspielraum, Verantwortung und Unterstützung für Wohnungsneubau, Flächenakquise und die Gründung und Finanzierung von kommunalen Wohnungsbaugesellschaften erhalten, damit sie zielgerichtet und flexibel vor Ort auf die Bedürfnisse des Wohnungsmarktes ein-



Naumannsiedlung in Köln-Riehl

gehen können. Hierbei müssen insbesondere Kommunen in der Haushaltssicherung in die Lage versetzt werden, aktiv in die Flächenentwicklung für den Wohnungsbau investieren zu können. Statt kommunale Flächen an den höchstbietenden Investor zu verkaufen, sollten sie verstärkt in Erbpacht vergeben werden und Konzeptvergaben möglich sein. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften sollten ein Vorkaufsrecht für Wohnbauflächen erhalten und mithilfe von Förderprogrammen zügig in die Lage versetzt werden, erforderlichen Wohnraum selbst zu bauen. In Kommunen ohne eigene Wohnungsbaugesellschaften sollte die Gründung von neuen Gesellschaften unterstützt werden. Bestehende kommunale Wohnungsbaugesellschaften sollen auch in den Wohnungsbau in angrenzenden Kommunen investieren können.

Genossenschaften als wirksame Akteure

Die Zahl der Sozialwohnungen nimmt in NRW dramatisch ab. Bis 2016 hat sich die Anzahl der geförderten Wohnungen von rund 900.000 auf 467.400 Wohnungen nahezu halbiert. In den nächsten Jahren werden immer mehr Sozialwohnungen aus der Preisbindung fallen. Da nicht ausreichend neue Sozialwohnungen gebaut werden, müssen Kommunen die Möglichkeit erhalten, entsprechende Bindungen aufzukaufen. Nur so lassen sich Belegungsrechte und preiswerte Mieten auch kurzfristig erhalten. Eine große Rolle beim Wohnungsneubau spielen genossenschaftlich organisierte Wohnbaugesellschaften. Hier müssen entsprechende neue Fördermöglichkeiten geschaffen werden, damit sich Wohnungsgenossenschaften neu gründen können und deren Mitglieder in die Lage versetzt werden, die dafür notwen-

digen Einlagen zu finanzieren. Hier zum Beispiel könnten die „Baukindergeld“-Gelder sinnvoll eingesetzt werden, damit sich auch einkommensschwache Familien die Beteiligung an Genossenschaften leisten können. Außerdem sollten Flächen bevorzugt an gemeinwohlorientierte Wohnungsgesellschaften und nach sinnvollen Konzepten vergeben werden können.

Mieterinnen und Mieter schützen

Die Regelungen zum Mieterschutz müssen unbedingt erhalten werden, denn sie dienen nicht nur als Schutz vor Mietwucher und Wohnungsverlust, sondern dämpfen auch die Preisentwicklung auf dem Wohnungsmarkt. Der Koalitionsvertrag von CDU und FDP sah vor, die Mieterschutzverordnungen ersatzlos auslaufen zu lassen. Doch angesichts großer Proteste des Bündnisses „Wir wollen wohnen“, in dem zahlreiche Mieterorganisationen, gemeinnützige Verbände und Gewerkschaften organisiert sind und das auch wir GRÜNEN unterstützen, hat bei der Landesregierung offenbar zum Nachdenken geführt. Nun sollen die Verordnungen zunächst auf ihre Wirksamkeit hin begutachtet werden. Nicht zuletzt können auch technische Entwicklungen zu preiswerterem Wohnraum führen. Innovative und nachhaltige Materialien, serielles und modulares Bauen in hoher Qualität oder die kreative Umnutzung bestehender Immobilien können Möglichkeiten bieten, um der Baupreisentwicklung entgegenzuwirken und zügig neuen, erschwinglichen Wohnraum zu schaffen.

Arndt.Klocke@landtag.nrw.de,
Sprecher für Bauen, Wohnen und Verkehr

ERSTER PESTIZIDBERICHT NRW

DAS GIFT VOM ACKER HOLEN

NRW NEWS

Die Verwendung von Pestiziden in der intensiven Landwirtschaft belastet die Tier- und Pflanzenvielfalt und gehört zu den treibenden Kräften des dramatischen Insektensterbens. Insekten sind aber Nahrungsgrundlage beispielsweise für Vögel und Amphibien. Ihr Verschwinden stellt somit eine weiter gehende Bedrohung für die Biodiversität und unsere Ökosysteme dar. Längst finden sich Pestizidrückstände auch in unseren Lebensmitteln und Gewässern wieder.

Bislang gibt es kaum belastbare Daten zum Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auf regionaler Ebene. Bekannt sind lediglich die deutschlandweiten Absatzzahlen der Pestizidmengen, weil für Hersteller eine Meldepflicht gilt. Zwar muss jede*r Betriebsinhaber*in den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln dokumentieren, eine statistische Auswertung der Daten findet jedoch nicht statt. Deswegen haben wir den Pestizidexperten Lars Neumeister beauftragt, den Pestizideinsatz in NRW zu untersuchen.

Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass im Jahr 2017 rund 2.100 Tonnen Pestizide auf die Äcker in NRW aufgebracht wurden. Hierfür wurde auf die Daten des beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft angesiedelten Julius-Kühn-Instituts zurückgegriffen, welches jährlich bundesweite Daten zum Einsatz von Pestiziden erhebt. Dabei werden die wichtigsten Kulturpflanzen wie beispielweise Winterweizen, Kartoffeln und Zuckerrüben untersucht. Im Pestizidbericht wurden diese Werte dann auf die nordrhein-westfälischen Anbauflächen runtergebrochen. Sie vermitteln damit einen Eindruck von der Größenordnung der hier eingesetzten Gifte.

Um einen maximalen Ertrag zu erzielen, spritzen die Landwirt*innen die angebauten Kulturen im Durchschnitt neunmal. Diese Intensität ist auch deshalb problematisch, weil immer giftigere Stoffe – wie zum Beispiel Neonicotinoide - eingesetzt werden.

Wenn wir weiter machen wie bisher, lässt sich der Verlust der Artenvielfalt bald nicht mehr aufhalten. Die Ergebnisse machen einmal mehr deutlich: Wir brauchen endlich eine wirksame Strategie zur Reduzierung von Pestiziden!

Norwich.Ruesse@landtag.nrw.de,
Sprecher für Tier- und Naturschutz und Landwirtschaft

STARTUP-SZENE NRW

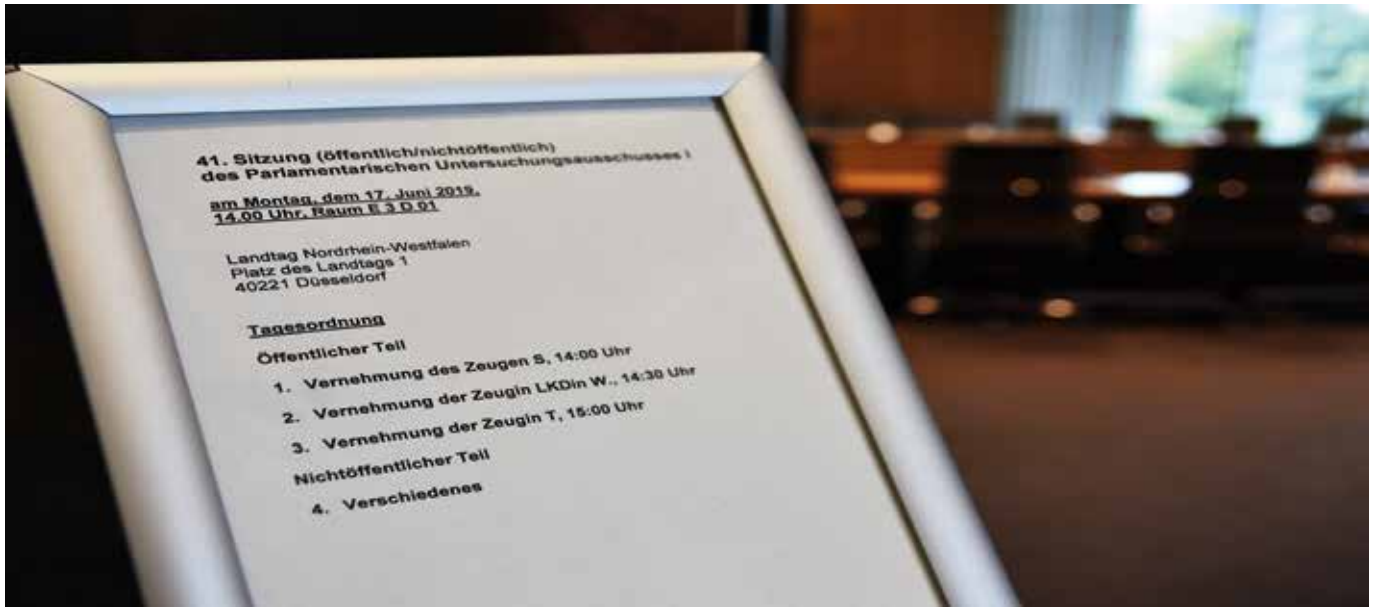
#WELTBEWEGEN-TOUR GEHT WEITER

Nach der ersten #weltbewegen-Tour im Frühjahr 2018 war unser Sprecher für Digitalisierung, Matthi Bolte-Richter, auch in diesem Jahr unterwegs zu den digitalen Vorreitern aus NRW. Bei etwa 30 Terminen in mehr als 20 Kreisen und Städten wollte er erfahren, welche Rahmenbedingungen gute Ideen brauchen und wie Gründer*innen gestärkt werden können. Der Weg nach Studium oder Ausbildung in ein eigenes Unternehmen muss endlich als gleichberechtigte Karriereoption anerkannt werden. Wir wollen deshalb mit der Startup-Szene und den bildungspolitischen Akteur*innen Wege finden, das Thema Gründergeist erfolgreich und früh zu verankern. Startups und gute Ideen gibt es überall in NRW. Das wissen auch die kommunalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften und versuchen, den Gründergeist vor Ort zu fördern. Wie gut es funktioniert, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Neben der Anbindung an Hochschulstandorte und der digitalen Infrastruktur, ist es oft auch das Konzept vor Ort, das über den Erfolg der Projekte bestimmt. Wir wollen, gemäß unserem Ziel „Startup your City“, dass Gründer*innen und Startups in allen Kommunen NRWs optimale Rahmenbedingungen vorfinden. Dafür brauchen wir nicht nur gute Unterstützungsstrukturen. Oftmals scheitern gute Ideen auch am „Mindset“ der Verantwortlichen und einem fehlenden Startup-Ökosystem. Dabei gibt es inzwischen auch viele Startups in ländlichen Regionen. Gerade für den ländlichen Raum und den dort stark vorhandenen Mittelstand bieten Startups enormes Innovationspotenzial, das wir stärker als bisher heben wollen.

Studierende an Hochschulen für angewandte Wissenschaften entwickeln in Praxissemestern oftmals eigene Ideen, die sie zu Geschäftsmodellen weiterentwickeln könnten. Das darauf folgende Praktikum findet in der Regel aber in bestehenden Unternehmen statt. Diese curriculare Unterbrechung der Entwicklung konterkariert die Gründungsbemühungen der Studierenden. Dieses Problem wollen wir durch die Möglichkeit eines „Praktikums im eigenen Unternehmen“ lösen. Studierende sollen dabei ihre Ideen und Gründungsambitionen, die sie im Praxissemester entwickelt haben, fortführen können.

Matthi.Bolte@landtag.nrw.de,
Sprecher für Digitalisierung, Hochschule und Wissenschaft

PARLAMENTARISCHE UNTERSUCHUNGS-AUSSCHÜSSE

Die schärfste Waffe der Opposition

Eine zentrale Aufgabe der Abgeordneten ist die Kontrolle der Landesregierung, die Opposition ist dabei in besonderer Verantwortung. Dazu müssen wir in heraus gehobenen Fällen auch auf das schärfste Schwert zurückgreifen, das wir haben, um Versäumnisse, Unterlassungen und Fehleinschätzungen aufzuklären, den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA). Um einen PUA einzusetzen, werden 20 Prozent der Stimmen des Parlaments benötigt. In dieser Legislaturperiode wurden bislang vier Untersuchungsausschüsse eingerichtet:

Der Ausschuss **«Fall Amri»** untersucht das Vorgehen der Landesregierung und ihrer Sicherheitsbehörden im Fall des islamistischen Attentäters Anis Amri. Amri verübte am 19. Dezember 2016 einen Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt und tötete dabei zwölf Menschen, viele weitere wurden schwer verletzt. Hier gilt es unter anderem aufzuklären, wie es möglich war, dass sich der spätere Attentäter unter einer Vielzahl an Alias-Identitäten im Bundesgebiet registrieren lassen konnte, welche Schwierigkeiten es bei der Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Behörden auf kommunaler, Landes- und Bundesebene gab und warum es letztendlich nicht gelang, den als gefährlichen Islamisten eingestuft Anis Amri an dem Attentat zu hindern. Wir GRÜNE stehen hier für eine lückenlose und seriöse Aufarbeitung, die es zukünftig ermöglichen soll, strukturelle Defizite zu beheben. Für uns sitzt als Obfrau Monika Düker im Ausschuss.

Der PUA **«Hackerangriff/Stabsstelle Umweltkriminalität»** beschäftigt sich mit gleich zwei Themenkomplexen: Im März 2018 hieß es zunächst, es habe einen Hackerangriff auf den privaten Haushalt der ehemaligen CDU-Ministerin Schulze Föcking in Steinfurt gegeben. Tatsächlich handelte es sich um einen Bedienfehler bei einem Tablet-PC durch eine Familienangehörige. Statt über die Wahrheit aufzuklären, wurden Parlament und Öffentlichkeit wochenlang durch den Ministerpräsidenten und die Staatskanzlei in dem Glauben gelassen, dass es den Hacker-

angriff tatsächlich gegeben habe.

Auch bei der Auflösung der Stabsstelle Umweltkriminalität steht der Verdacht im Raum, dass die Regierung Parlament und Öffentlichkeit teilweise falsch oder zumindest unzureichend informiert haben könnte. Immer wieder wurden Vorwürfe laut, Schulze Föcking habe diese Stabsstelle aufgelöst, um die Bekämpfung der Umweltkriminalität zu erschweren. Für uns sitzt Norwich Rüße als Obmann im Ausschuss, der seit Juli 2018 tagt.

Der tragische Tod des syrischen Staatsangehörigen Amad A. wird im PUA **«Kleve»** aufgearbeitet. Aus noch ungeklärten Gründen brach im September 2018 in seiner Zelle in der JVA Kleve ein Feuer aus, durch das er schwer verletzt wurde und an dessen Folgen er später verstarb. Kurz nach dem Brand stellte sich heraus, dass er unschuldig und nur aufgrund einer bislang nicht nachvollziehbaren Verwechslung inhaftiert war. Wir werden akribisch untersuchen, wie es zu dieser Verwechslung und dem schrecklichen Tod durch das Feuer im Haftraum kommen konnte. Darüber hinaus gilt es auch hier, die Behördenstrukturen unter die Lupe zu nehmen und auch den Umgang der politisch Verantwortlichen mit dem tragischen Tod des jungen Mannes lückenlos aufzuarbeiten. Für uns begleitet Stefan Engstfeld als Obmann den seit Dezember 2018 tagenden Ausschuss.

Der schreckliche Missbrauch an einer Vielzahl von Kindern im ostwestfälischen Lügde und die Fehler von Polizei und Jugendämtern machten auch hier einen Untersuchungsausschuss unausweichlich. Der PUA **„Kindesmissbrauch“** muss das Behördenversagen schonungslos aufklären, nicht zuletzt, um daraus Konsequenzen für eine Stärkung des Kinderschutzes zu ziehen sowie strukturelle Probleme eingehend zu analysieren und schnellstmöglich zu beheben. In dem Untersuchungsausschuss sitzen für uns GRÜNE Verena Schaeffer und Josefine Paul.

Verena.Schaeffer@landtag.nrw.de,
Parlamentarische Geschäftsführerin

ABO/DATENSCHUTZ

Mitglieder von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen erhalten die Informationen aus dem Landtag NRW – GRÜN.KOMMT - regelmäßig zusammen mit dem Magazin der Bundespartei. Als Nicht-Mitglied haben Sie jederzeit die Möglichkeit, die GRÜN.KOMMT kostenlos zu abonnieren. Schreiben Sie uns dafür eine Nachricht per Mail oder Post. Das gilt natürlich auch für Abbestellungen – Ihre Daten werden dann vollständig gelöscht.

Als Abonnent*in haben Sie selbstverständlich ein Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung (Sperrung) und Übertragbarkeit der über Sie gespeicherten Daten sowie ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Ferner haben Sie das Recht, Ihre erteilte Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Um Ihre Rechte uns gegenüber geltend zu machen, schreiben Sie bitte an datenschutz.gruene@landtag.nrw.de.

NEWSLETTER

Aktuelle Informationen erhalten Sie per E-Mail mit unserem Newsletter »Landtag aktuell«, wenn Sie sich über unsere Homepage www.gruene-fraktion-nrw.de anmelden oder uns eine E-Mail an gruene-pressestelle@landtag.nrw.de schicken. Er erscheint in jeder Plenarwoche mit einer Vorschau auf die Themen der Woche.



IMPRESSUM

Herausgeber (v.i.S.d.P):
GRÜNE Fraktion im Landtag NRW
Verena Schäffer MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Kontakt:
Tel 0211 884-2180
Fax 0211 884-2890
www.gruene-fraktion-nrw.de
gruene-pressestelle@landtag.nrw.de



GrueneFraktionNRW

@gruenefraknrw

gruene_fraktion_nrw

Redaktion:
Guido von Wiecken
Iren Gabriel

Gestaltung:
Guido von Wiecken

Bildnachweis:
@ GRÜNE im Landtag/Bettina Tull: S. 1, 5, 8 - @ GRÜNE im Landtag/Guido von Wiecken: S. 2, 6r, 7 - @ unsplash.com/Mike Powell 3l - @ pexels/Matthias Zomer S. 5 - @ pixabay.com/PublicDomainPictures: S. 6l.

An dieser Ausgabe haben außerdem mitgewirkt: Laurens Lange, David Schichel, Julian Schönbeck, Anna von Spiczak, Bettina Tull

Juni 2019